

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Bodenoffensive: Alliierte treffen auf schwachen irakischen Widerstand

Fallschirmjäger und Marineinfanteristen schon in Al Kuwait – Etwa 20 000 irakische Kriegsgefangene

Dhahran/Bagdad (AP) Auch am zweiten Tag der Bodenoffensive gegen die irakischen Streitkräfte im besetzten Kuwait sind die alliierten Truppen am Persischen Golf am Montag offenbar immer noch nicht auf nennenswerten Widerstand gestossen. Der amerikanische Brigadegeneral Richard Neal sprach in Riad von einer «leichten bis gemässigten» Gegenwehr der Verbände des irakischen Präsidenten Saddam Hussein. Die Alliierten haben nach eigenen Angaben bereits 20 000 irakische Soldaten gefangen genommen und sind tief nach Kuwait vorgedrungen. Dagegen berichtete das irakische Oberkommando, das 3. Heereskorps habe «den Feind aus allen Stellungen zurückgedrängt, die er am Beginn der Bodenoffensive einige Stunden lang besetzt hielt.»

In Riad hiess es, der Auftritt von General Neal vor Journalisten mache deutlich, dass die Alliierten offensichtlich bereit sind, wieder Pressekonferenzen zur Lage im Kriegsgebiet zu veranstalten. Zu Beginn des Landkrieges war eine völlige Nachrichtensperre verhängt worden. Neal sagte, seit Beginn der Offensive seien 270 irakische Panzer zerstört worden. Bei dieser Zahl handele es sich um eine «sehr vorsichtige» Schätzung. Der Vorstoss nach Kuwait sei bislang ein «ungeheurer Erfolg». Er sagte, die Alliierten hätten bisher 18 000 irakische Soldaten gefangen genommen. Der saudische General Chalid ibn Sultan sprach sogar von

rund 20 000 Gefangenen. Neal sagte weiter, im Verlauf der Bodenoffensive seien bisher vier amerikanische Soldaten getötet und 21 weitere verwundet worden. In saudischen Militärkreisen hiess es, die arabischen Streitkräfte der Anti-Irak-Koalition hätten fünf Soldaten verloren. Zwanzig weitere seien verwundet worden.

US-Präsident George Bush sagte am Montag im Weissen Haus, Kuwait werde «bald frei sein». Die alliierten Streitkräfte hätten die Initiative ergriffen und würden diese auch behalten. Man müsse sich vor Euphorie hüten, aber die Alliierten seien überlegen. «Kuwait wird bald frei sein, und Amerikas Männer und Frauen in Uniform werden heimkehren, um den Dank des Vaterlands entgegenzunehmen», sagte Bush.

Die ersten US-Soldaten sollen sich bereits seit Sonntag in der kuwaitischen Hauptstadt Al Kuwait aufhalten. Wie verlautete, sollen Fallschirmjäger der 82. Luftlanddivision über den Aussenbezirken abgesprungen sein. Teile der 1. und 2. Marinekorpsdivision sollen sich ebenfalls in Vororten von Al Kuwait befinden. Dort seien sie von Einwohnern willkommen geheissen worden, teilte die Organisation «Internationale Solidarität für Kuwait» in Kairo mit.

Auf amerikanischer Seite hiess es, das grösste Problem sei vorläufig die gewaltige Zahl der irakischen Kriegsgefangenen,



Die Bodenoffensive zur Befreiung Kuwaits ist in vollem Gang. Im Bild die Explosion eines irakischen Bunkers.

die so rasch wie möglich aus den Kampfgebieten abtransportiert werden müssten. Am Montag nachmittag, rund eineinhalb Tage nach Eröffnung der Offensive, wurde die Zahl der gefangenen Iraker von dem saudiarabischen General Chalid ibn Sultan bereits mit rund 20 000 angegeben. Der General, Befehlshaber der an der Allianz beteiligten arabischen Streitkräfte, berichtete in Riad, man habe sich auf mindestens 100 000 Kriegsgefangene eingerichtet, rechne aber noch mit viel mehr.

Der General berichtete, die Welle von Greuelthaten der Iraker gegen die Bevölkerung von Kuwait nehme noch zu. «Es

geschehen entsetzliche Dinge», sagte er. «Ich hasse es, das zu sagen, aber man bringt Menschen mit der Axt um... Sie vergewaltigen Frauen, schneiden ihnen gewisse Körperteile ab und hängen sie in jeder Strasse auf... Wir hoffen, dass wir dem bald Einhalt gebieten können.» Er sprach die Hoffnung aus, dass der Bodenkrieg nicht von langer Dauer sein werde. Die Iraker leisteten zwar Widerstand und seien gute Kämpfer, sagte er. «Aber ihnen fehlt eines. Sie glauben nicht an das, was sie jetzt tun.»

Weitere Berichte zur Lage am Golf auf Seite 9.

LANV für Änderung der Arbeitslosenversicherung

Der Liechtensteinische Arbeitnehmerverband (LANV) setzt sich für eine möglichst baldige Inkraftsetzung der vorgeschlagenen Änderungen beim Arbeitslosengesetz ein. Nach einer Mitteilung in der «LANV-Information» hat sich der LANV-Zentralvorstand mit diesem Thema in seiner letzten Sitzung befasst und die Verbandsleitung beauftragt, ein entsprechendes Schreiben an die Regierung zu richten. Mit diesem Schreiben soll zum Ausdruck gebracht werden, dass der LANV für «eine baldmöglichste Inkraftsetzung der Gesetzesanpassung» eintritt.

Die Vorlage war im Dezember 1990 von der Regierung dem Landtag vorgelegt worden. Nach Auffassung der Regierung sollte die Gesetzesänderung sofort in Kraft gesetzt werden, doch war der Landtag mehrheitlich anderer Auffassung. Insbesondere wurde kritisiert, dass die Regierung es unterlassen habe, parallel mit der Schweiz eine Anpassung des beitragspflichtigen Lohnes vorzunehmen, so dass nun ein erheblicher Sprung von bisher 52 800 Fr. auf 97 200 Fr. vorgenommen werden müsse. Der Landtag wird sich voraussichtlich in seiner nächsten Sitzung mit diesem Regierungsantrag wieder befassen, während Regierung und LANV die dringliche Behandlung und die sofortige Inkraftsetzung bevorzugt hätten.

Wie aus der «LANV-Information» weiter hervorgeht, hat sich der Zentralvorstand für eine Anhebung des Mitgliederbeitrags auf 50 Fr. (bisher 40 Fr.) ohne Sektionsbeitrag ausgesprochen. Der Antrag soll der Delegiertenversammlung unterbreitet werden, die am Freitag, den 22. März 1991 im Gemeindegemeinschaftssaal Mauren stattfinden soll.

Die Baukosten haben 1990 eine neue Höchstmarke erreicht

Im vergangenen Jahr wurden Baubewilligungen mit einem Bauwert von 320 Mio. Fr. erteilt – Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 14 Prozent

(G.M.) – Was aufgrund der zahlreichen Baustellen und der Rohbauten in unserem Land geahnt wurde, ist nun auch durch statistische Zahlen erhärtet worden. Die liechtensteinische Bauwirtschaft hat ein Jahr der Hochkonjunktur hinter sich und dürfte noch einige Zeit an den Vorräten der Baubewilligungen des vergangenen Jahres zehren. Wie bereits in unserer gestrigen Ausgabe berichtet, wurde allein im 4. Quartal 1990 ein Bauvolumen von 225 333 Kubikmeter bewilligt, das Baukosten von 85,8 Mio. Fr. nach sich zieht.

Mit der Publikation der Baustatistik des 4. Quartals können die Ganzjahreszahlen 1990 ermittelt werden, die im Vergleich zum Vorjahr eine erhebliche Steigerung aufweisen. Zwar ging die Zahl der bewilligten Projekte im Vergleich zum Vorjahr auf 559 (614) zurück, doch stieg das bewilligte Bauvolumen auf 757 300 (637 600) Kubikmeter an. Im Vergleich zum Vorjahr wurden damit 119 700 Kubikmeter mehr umbauten Raum bewilligt, womit die Zuwachsraten nicht weniger als 15,8 Prozent beträgt. Nur gerade im 2. Quartal lag die Ziffer des Bauvolumens unter dem Vorjahresniveau, während in den anderen drei Quartalen jeweils höhere Bauvolumen zur Bewilligung gelangten. Nur gerade 1973, als ebenfalls eine Bauhochkonjunktur herrschte, bevor aufgrund des Ölpreisschocks eine Baurezession einsetzte, war ein noch höheres Bauvolumen registriert worden.

Baukosten von 320 Mio. Fr.

Im Gegensatz zum Bauvolumen zeigt sich bei den Baukosten ein Niveau, das

bislang noch nie in unserem Land erreicht wurde. Die bewilligten Bauten werden Baukosten von 319,6 Mio. Fr. nach sich ziehen, wobei ein Teil bereits zur Abrechnung gelangten, ein anderer Teil noch als Vorrat zur Verfügung steht. Im Vergleich zu 1989 wurden Bauten mit einem Kostenvolumen von 39,6 Mio. Fr. mehr bewilligt, was eine Steigerung von 14,1 Prozent ausmacht. Auch nach Abzug der teuerungsbedingten Kostensteigerung verbleibt ein erhebliches reales Wachstum. Die mutmasslichen Baukosten anhand der Kostenvoranschläge verteilen sich dabei recht einheitlich auf die vier verschiedenen Quartale. Im 1. Quartal wurden Baukosten von 76,9 Mio. Fr. ermittelt, im 2. Quartal waren es noch 68,0 Mio. Fr. (weniger als im Vorjahreszeitraum). Für das 3. Quartal zeigt sich ein Anstieg auf 88,9 Mio. Fr., der mit

85,8 Mio. Fr. im 4. Quartal beinahe gehalten wird.

Optimistische Prognosen

Die allgemeine Konjunkturabflachung dürfte das liechtensteinische Baugewerbe im laufenden Jahr ebenfalls treffen, wobei das Zinsniveau eine besondere Rolle spielt. Das Baugewerbe äusserte sich im Konjunkturtest (vom 1. Oktober 1990) allerdings noch recht optimistisch über die kurzfristigen Aussichten. Rund drei Viertel der Baubetriebe (gewichtet nach der Beschäftigtenzahl) erwartete damals eine Weiterführung der «guten Lage», wobei fast alle Betriebe von einer gleichbleibenden Anlagenauslastung ausgingen, die sich nach eigener Einschätzung in naher Zukunft nur leicht reduzieren sollte. Auch die Auftragsengänge wur-

den zum damaligen Zeitpunkt als gleichbleibend (und damit auf hohem Niveau) beurteilt. Zum Jahreswechsel betrachtete Beat Marxer, Sekretär der Gewerbe- und Wirtschaftskammer, die Situation für das liechtensteinische Baugewerbe allerdings skeptischer. Hohe Zinskosten, Inflation und ein enormer Teuerungsschub im Baugewerbe liessen ihn eine Wachstumsabschwächung prognostizieren. Der Wohnungsbau wird nach seinen Prognosen im Jahre 1991 wegen der hohen Hypothekenzinsen stagnieren, wobei die öffentliche Hand die Auftragsrückgänge aus dem Wohnungsbau nicht zu kompensieren vermöge. Das Bauausbaugewerbe dürfte nach seiner Einschätzung den Rückgang vorerst weniger zu spüren bekommen, weil im Gegensatz zum Bauhauptgewerbe noch grössere Arbeitsvorräte bestünden.

Lohnsteuerzuschlag wird wahrscheinlicher

Bonn (AP) Ein zeitlich befristeter Zuschlag zur Einkommens-, Lohn- und Körperschaftsteuer wird neben der Erhöhung bestimmter Verbrauchsteuern immer wahrscheinlicher. Am Montag machten CDU und FDP ihre Positionen deutlich: Die CDU-Spitze strebt nach den Worten von Generalsekretär Volker Rühe einen fünfprozentigen Zuschlag auf die Steuer-schuld sowie eine Erhöhung der Mineralöl- und der Versicherungssteuer an. Auch die FDP will ihrem Vorsitzenden Otto Graf Lambsdorff zufolge über einen befristeten Steuerzuschlag mit sich reden lassen.

Mit den Steuererhöhungen sollen die Einnahmen des Bundes in diesem Jahr um 20 Milliarden Mark verbessert werden. Für die Jahre 1992 bis 1995 seien nach Berechnungen des Finanzministeriums zusätzliche Einnahmen von jeweils 30 Milliarden notwendig, teilte der Sprecher des Finanzministeriums, Karlheinz von den Driesch, vor Journalisten mit. Regierungssprecher Dieter Vogel machte deutlich, vor allem die Kosten des Golfkrieges von bislang 17,5 Milliarden Mark, die längerfristig sicherlich noch steigen würden, machten Einnahmeverbesserungen notwendig.

EG erwägt Hilfen für Osteuropa

Köhler spricht von «beängstigendem» Finanzbedarf

Brüssel (AP) Die Europäische Gemeinschaft erwägt zusätzliche Hilfen für bedürftige osteuropäische Länder. Nachdem die Gruppe der 24 westlichen Unterstützungsstaaten bis Ende letzten Jahres bereits knapp 60 Milliarden Mark an Krediten, Zuschüssen und Sachleistungen bewilligt hatten, sind jetzt neue Zahlungsbilanzhilfen für Ungarn, Bulgarien und Rumänien in der Diskussion.

Die Unterstützung soll in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) in Form von Krediten gewährt werden, hiess es am Montag am Rande einer EG-Finanzministerversammlung in Brüssel.

Im einzelnen sind für Ungarn 500 Millionen Dollar an zusätzlichen Darlehen im Gespräch, von denen IWF und EG je die Hälfte übernehmen sollen. Bereits im vergangenen Jahr war Ungarn eine Zahlungsbilanzhilfe von einer Milliarde Dollar zugesagt worden, deren erste Tranche zur Zeit abfliesst. Für Bulgarien rechnen EG und IWF mit einem Finanzierungsbedarf von weiteren 1,6 Milliarden Dollar, den nach Vorstellungen in der EG die 24 Unterstützungsstaaten und der IWF gemein-

sam aufbringen sollten. Noch nicht beziffert sind die von Rumänien ins Spiel gebrachten Anforderungen, die sich aber in ähnlichen Grössenordnungen bewegen dürften.

Der Bonner Finanzstaatssekretär Horst Köhler sprach in Brüssel vor Journalisten von einem «beängstigendem» Finanzierungsbedarf für die jungen Demokratien Mittel- und Osteuropas. Er hob jedoch die hohe Verantwortung der EG für diese Staaten hervor. Im übrigen liege es im Interesse sowohl dieser Staaten als auch der EG, wenn Osteuropa wirtschaftlich wieder auf die Beine komme.

Fest beschlossen wurde von den EG-Finanzministern ein interner Beistandskredit für Griechenland in Höhe von rund 4,5 Milliarden Mark. Er soll vor allem zur Konsolidierung des Staatshaushalts eingesetzt werden. Einer ersten Tranche von über zwei Milliarden Mark sollen im Februar nächsten Jahres und im Februar 1993 jeweils mehr als 1,2 Milliarden Mark folgen. Griechenland musste sich im Gegenzug zu einem Sanierungsprogramm für seine Staatsfinanzen verpflichten.

Waschauer Pakt wird aufgelöst

Budapest (AP) Die Aussen- und Verteidigungsminister der Mitgliedsländer des Warschauer Paktes haben am Montag in Budapest die Auflösung der militärischen Struktur der Organisation bis 31. März besiegelt. Augenzeugen berichteten, bei der Unterzeichnung in einem Budapester Hotel hätten die Vertreter der Sowjetunion finstere Gesichter gemacht. Andere wie der tschechoslowakische Aussenminister Jiri Dienstbier hätten gelächelt.

Vor dem Treffen der Minister aus der Sowjetunion, Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei, Bulgarien und Rumänien hatte der tschechoslowakische Verteidigungsminister Lubos Dobrovsky erklärt: «Eine neue Ära beginnt.» Mit der Unterzeichnung endet die 36jährige militärische Zusammenarbeit im ehemaligen Ostblock.

OPEC-Minister erörtern Preise

Wien (AP) Minister von drei der 13 Staaten des Erdölkartells OPEC haben am Montag in Wien in einer informellen Runde den erwarteten Rohölpreisverfall nach dem Golfkrieg und eine neue Quotenfestsetzung erörtert. An den nicht verbindlichen Gesprächen nahmen Algerien, Libyen und Indonesien teil. Erwartet wurden noch die Vertreter von Venezuela, Gabun und Nigeria. Die Minister von Mitgliedsstaaten aus der Golfregion wurden nicht erwartet.

Die Freigabe der OPEC-Förderquoten kurz nach der Invasion des Iraks in Kuwait am 2. August 1990 zum Ausgleich von Lieferausfällen der beiden Länder hatte zu einem Überangebot von Rohöl geführt. Ein Barrel (159 Liter) Rohöl der für Europa wichtigen Marke Brent sank nach Ausbruch des Golfkrieges Mitte Januar unter das OPEC-Referenzniveau von 21 auf rund 17 US-Dollar. Schätzungen zufolge werden derzeit täglich 23 Millionen Barrel auf den Markt gepumpt.

Flüchtlingsströme erfordern Umdenken

Genf (spk/dpa) Die neue UNO-Hochkommissarin für das Flüchtlingswesen, die japanische Professorin Sadako Ogata (63), hält angesichts steigender Flüchtlingszahlen ein gewisses Umdenken bei den politischen Antworten darauf für geboten. Es sei nötig, den Begriff des Flüchtlings zu überprüfen sowie stärker vorbeugend in den Ländern zu helfen, aus denen vorwiegend Wirtschaftsflüchtlinge kommen.